

Denkschrift der Bonner Hitler-Generale in Aktion

„Wenn... wie es jetzt der Fall ist, Adenauer Ostpreußen, der Stellvertreter des Herrn Adenauer, Minister Erhard, die Eroberung von Oberschlesien fordert und der alte faschistische Minister Seeborn das Sudetengebiet annekieren will, und wenn zur gleichen Zeit die Hitlergenerale der Bundesrepublik eine Denkschrift veröffentlichen, in der sie die gleiche Atomrüstung fordern, wie sie die USA-Armee hat, dann zeigt das, daß für unser Volk sehr ernste Gefahren heraufgezogen sind.“

(Walter Ulbricht am vergangenen Sonntag in einem Fernsehgespräch.)

Vom Verwundetenabzeichen bis zum Ritterkreuz waren alle Nazi-Auszeichnungen vertreten bei dem am 28. August in Mittenwald stattgefundenen Treffen der bayrischen Gebirgsschützenkompanien. Das charakterisiert diese Treffen zur Genüge als Heerschauen unverbesserlicher Revanchisten.



Die Generale und die Revanchistentreffen

Am 19. August veröffentlichte der Führungsstab der Bundeswehr eine Denkschrift, die offiziell die sogenannte „zweite Phase“ im Aufbau der westzonalen Söldnerarmee einleitete.

Die alten Nazigenerale, die heute wieder führende Positionen in der Bundeswehr bekleiden, traten bereits wenige Jahre nach der totalen Niederlage Hitlerdeutschlands mit Programmen und Vorschlägen zur Remilitarisierung Westdeutschlands auf. Bereits 1950 erarbeiteten 15 ehemalige Generale der faschistischen Wehrmacht, darunter Speidel und Heusinger, eine geheime Denkschrift für die Adenauer-Regierung aus, in der sie die Aufstellung einer zwölf Divisionen starken Armee verlangten. In dem Maße, wie die Westmächte und die deutschen Imperialisten die Remilitarisierung vorantreiben, Westdeutschland in das imperialistische Paktssystem einbezogen, die Kriegspläne gegen das sozialistische Lager präzisieren, die Atomaufrüstung forcieren und alle Atomkriegsgegner brutal verfolgen, wurden die Forderungen der geschlagenen deutschen Militaristen, deren Kader den Bonner Generalstab bilden, immer offener, anmaßender und aggressiver.

Das zeigt sich in der jetzt veröffentlichten Denkschrift der Generale. Sie bringt die ganze Angst der militaristisch-kerikalischen Kräfte vor dem Anwachsen der Friedenskräfte deutlich zum Ausdruck. Die Bonner Machthaber wollen die internationalen Spannungen seit der Torpedierung der Gipfelkonferenz durch die reaktionären Kreise der USA ausnutzen, um ihr Kriegsprogramm rasch zu verwirklichen. Ihre

entscheidende Forderung ist die nach dem Besitz und der Verfügungsgewalt über Kern- und Raketenwaffen aller Kaliber. Gleichzeitig verlangen sie die totale Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens, die Führung innerhalb der NATO und die beschleunigte Fortsetzung der Blitzkriegsvorbereitung gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder.

In diesem Zusammenhang mißt der Bonner Generalstab den revanchistischen Organisationen eine große Bedeutung zu, sind doch gerade die Heimkehrer- und Traditionsverbände sowie die berüchtigten „Landmannschaften“, die alle eine wilde Kriegsbetete gegen das sozialistische Lager betreiben, ein wichtiges Instrument der Aggressionspolitik der deutschen Imperialisten. Dafür spricht die regelmäßige Teilnahme zahlreicher Bundeswehrgenerale und -offiziere an Revanchistentreffen in der vergangenen Zeit. Schon wiederholt forderten westzonale Militärs die „Ausnutzung des Potentials der Umstieher“ für die Verstärkung der Streitkräfte zur „Zurückeroberung der Ostgebiete“. Deshalb war es auch jetzt kein Zufall, daß Heusinger, der Generalinspekteur der Bundeswehr und Hauptverantwortliche für die Denkschrift, den in Westberlin versammelten Revanchisten eine Grußbotschaft übermittelte.

Angesichts dieser Lage und der unverhüllten Kriegdrohungen konnte sich das friedliebende demokratische Deutschland nicht gleichgültig verhalten. Die Erklärung unserer Regierung vom 29. August 1960 gegen den Mißbrauch Westberlins für Kriegs- und Revanchebetete war eine ernste Warnung an die Revan-

chisten und ihre Hintermänner in Bonn. Die Denkschrift der Generale und das Revanchistentreffen in Westberlin entstammen dem gleichen Schoß und sind auf das gleiche Ziel gerichtet: die Vorbereitung und Durchführung des Überfalls auf das sozialistische Lager. Aber weder die Generale noch die Revanchisten-Organisation werden damit durchkommen. In Westdeutschland sammeln sich und stärken die friedliebenden Kräfte, deren Rückhalt unsere Republik und deren Kampfprogramm der Deutschlandplan des Volkes ist. Wir werden unseren Friedenskampf und erfolgreichen Aufbau weiter fortsetzen; gleichzeitig werden wir aber in der Wachsamkeit nicht nachlassen und unsere militärischen Kräfte zur Sicherung des Friedens weiterhin festigen. An der Stärke der sozialistischen Staaten werden alle Versuche der Imperialisten und Militaristen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, mit einem kläglichen Fiasko scheitern.

Helmut Schmitter



Kaum ein Wochenende vergeht, ohne daß sich irgendwo in der Bundesrepublik Soldatenbünde oder Landmannschaften versammeln, um für einen neuen Ostlandsturz zu rüsten. Unser Bild: Abordnungen des Bundes „Deutsche Jugend des Ostens“ bei einem Treffen der Landmannschaft Danzig in Düsseldorf. Foto: Zentralbild

NATO-Consilium nach altem Rezept

Zwölf westdeutsche Professoren sind jetzt offiziell vom SA-Mann und Bonner Innenminister Schröder berufen worden, um die „Regierung in Fragen der staatsbürgerlichen Bildung- und Erziehungsarbeit zu beraten“. Nun ist unbestritten, daß keiner Regierung eine wirkliche Beratung durch humanistische Wissenschaftler dienlicher wäre als der Bonner, die ja bewiesenermaßen nur den Fall „Rot“ kennt und noch nie ein weites Herz für die Belange der Wissenschaft gezeigt hat. Das letzte bißchen „akademische Freiheit“ und jede Opposition gegen die Atomkriegspolitik an den westdeutschen Universitäten wird von ihr erstickt. Wir sahen das erst kürzlich deutlich am Fall der Amtsenthebung von Frau Prof. Blameck.

Die Beratung an die Schröder gedacht hat und für die man einige akademische Titelträger braucht, ist allerdings ganz anderer Natur. Das offenbart schon die Liste der Bonner Ideologie-Beiräte. Da findet sich der Maraltheologe und Jesuit Hirschmann, der bei verschiedenen Anlässen die Atombombe schon bestens empfohlen hat, weil man damit eher

tot als rot wird, da erscheinen der Adenauer-Berater Kaufmann und der Bonner Hofphilosoph Theodor Litt, einer der ärgsten Antidemokraten und Antikommunisten des damit ohnehin nicht armen Bonner Militaristenstaates. Am bezeichnendsten dürfte jedoch die Mitgliedschaft eines gewissen Möbus in diesem NATO-Professoren-Gremium sein, offiziell Wissenschaftlicher Direktor bei der Schule der Bundeswehr für innere Führung in Koblenz. Und damit ist es schon nahezu bewiesen, daß es kein Zufall war, daß die Ernennung der akademischen Abendlandstreiter fast zum gleichen Zeitpunkt erfolgte, als ihre Kollegen in den Generalsuniformen mit einer unverkennbaren Denkschrift an die Öffentlichkeit traten und die unbeschränkte atomare Aufrüstung für die Hitlerfortsetzung in Bonn forderten.

SA-Mann Schröder ehrt seinen Meister und hat gut bei ihm studiert. Er verfährt genau nach dem Rezept, das Hitler am 10. November 1938, knapp ein Jahr vor Kriegsausbruch gab: „... Es ist nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch

langsam umzustellen und ihm klarzumachen, daß es Dinge gibt, die mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen.“ Für die brutalen Kriegsziele, die die Bonner Militaristen à la Hitler verfolgen, sollen nun also nach altem Rezept die notwendigen Ideale nachgeliefert werden, die die westdeutsche Jugend für den Mordüberfall in Panzern und Starfighters begeistern soll. Und Professoren – so meint staatsmännisch-klug der nicht abwaschbar braune Adenauer-Paladin Schröder – müssen es schon sein, damit man auch die wider diese Wahnsinnspolitik aufmuckenden Wissenschaftler und Studenten unter den ideologischen NATO-Stahlhelm bekommt.

Im übrigen sagt sich Bonns Innenminister: Lassen sich die aufässigen Akademiker nicht durch das Professoren-Consilium auf Vordermann bringen, kann ich immer noch auf den Verfassungsschutz zurückgreifen. Denn beide unterstehen dem Ministerium des SA-Manns Schröder.

R.

Wo, he, wer Kritik übt

„In unserer Gesellschaft herrscht vollkommene Freiheit“, hatte das großbourgeoise Blatt „Frankfurter Allgemeine“ kürzlich in ihren Spalten zum besten gegeben. Nun mußte sie sich in einer Lesurzuschrift von einem Architekturstudenten mitteilen lassen, wie es wirklich mit der Freiheit unter dem Regime Bonner Atomkriegsstrategen aussieht. „Unter Mut zur Politik versteht man heute weitgehend, daß die Studenten sich Vorträge anhören und dann nach Hause gehen. Bestenfalls dürfen sie sich noch zum freien Westen“, zur Wiedervereinigung und zum christlichen Abendland bekennen. Wehe Ihnen jedoch, wenn sie liebgewonnene politische und gesellschaftliche Erscheinungen unserer Republik (der Bundesrepublik, Rr.) in Frage stellen oder gar kritisieren.“ Der westdeutsche Student schildert dann den Freiheitsjüngern von der „FAZ“ einige Beispiele aus der Praxis studentischer Freiheit in der Westzone:

„Es gibt fast keine Redaktion einer lokalen Studentenzeitschrift, die nicht von Rektor und Senat mit disziplinarrechtlichen und anderen (meist weniger korrekten) Mitteln unter Druck gesetzt worden wäre (Mainz, Freiburg, Bremerhaven). Im Jahre 1960 gibt es Universitäten, an denen politische Hochschulgruppen für ihre Veranstaltungen grundsätzlich keine Räume zur Verfügung gestellt bekommen (Tübingen). Das Recht der Studenten, sich zu politischen Fragen zu äußern, wird immer wieder eingeschränkt (Westberlin, Stuttgart).“

„Das Vertrauen in unsere Position muß gering sein, wenn bestimmte Fragestellungen nicht zugelassen werden können, da sie angeblich den Bestand unserer

Ordnung gefährden“, schlussfolgert der westdeutsche Kommilitone. Womit die Monopolistenzeitung aus Frankfurt wieder einmal erfahren hat, was sie von ihrem großen Kanzler schon längst hätte wissen müssen: Die Decke ist dünn, auf der die Militaristenclique steht. Was Wunder, daß da der „demokratische Ballast“ freier Meinungsäußerung gegen die Bonner Atompolitik längst über Bord geworfen wurde.

„Anständige Leute“

Nun hat endlich auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner, einer der Hauptkapitulanten in der rechten SPD-Führung, herausgefunden, wer „keine anständigen Leute“ sind. Das sind aber nicht etwa die Ostlandstreiter Adenauer, Strauß, Erhard, Schröder und Seeborn, die gern mit Atomraketen in der Weltgeschichte herumfuchteln möchten, das sind beileibe für Wehner nicht faschistische Massenmörder wie Globke, Oberländer und Eichmann, das sind nicht die Hitlerschen Blutrichter, die heute in Westdeutschland wieder „Recht“ sprechen. Vielmehr seien die Mitglieder des Sozialistischen (West)Deutschen Studentenbundes (SDS) keine „anständigen Leute“. Wehner hat diese Studenten auf dem Kieker, weil sie nicht immer den „Anstand“ hatten, zur militaristischen Atomkriegspolitik zu schweigen, weil sie sich in Kongressen gegen die faschistischen Blutrichter eingesetzt hatten. Sonst ist es mit den rechten SPD-Führern schon gekommen: Um „anständig“ zu sein, muß man erst ein Kriegsverbrecher sein.

Ein Glück, daß das deutsche Volk einen anderen „Anständigkeitsbegriff“ hat als Wehner. Rr.

Gleicher Text und gleiche Richter

Würg mit dem Paragraphen! Benutz den Kommentar! Du mußt den Landmann strafen, der kein Teutone war.

(Kurt Tucholsky, Deutsche Richtergeneration 1946)

fenen Hunde folgte auf dem Fuß: Strafbefehl über 200 D-Mark und Einziehung des von den Spenden verbliebenen Betrages wegen „unbefugter öffentlicher Sammlung“.

Aufschlußreich wurde es, als der Student Einspruch dagegen erhob, mit dem Hinweis, das Sammlungsgesetz aus dem Jahre 1934 sei verfassungswidrig, weil – wir zitieren die Süddeutsche Zeitung –

„der eigentliche Zweck des Erlasses des Gesetzes der gewesen sei, nur den damaligen Machthabern das Recht zur öffentlichen Geldsammlung zu geben. Der Student argumentierte außerdem, er habe sich mit seiner Spendenbitte nur an einen begrenzten Personenkreis gewandt. Von einer öffentlichen Sammlung könne keine Rede sein.“

Hier blieb den Angeklagten der Ausstellung, Koppels Richtern, nur noch übrig, das Recht zu beugen, daß es in allen Fugen krachte. Die Begründung für die Ablehnung von Koppels Einspruch muß man dreifach ausfachten.

„... darauf hin, daß Koppel durch die Bitte um 1934 stammende Sammlungsgesetz verstoßen habe.“

Da man in Westdeutschland kein Wort gegen die Blutrichter der Nazis äußern kann, ohne damit mindestens tausend antierende Bundesrichter zu attackieren, hatte sich der Veranstalter der auch in Karlsruhe gezeigten Ausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz“, der Student Wolfgang Koppel, vor dem dortigen Amtsgericht sozusagen gegenüber dem Corpus delicat zu verteidigen. Es war gleichsam ein Prozeß der Nazi-Richter in eigener Sache, den sie – wie sich bald zeigte – auch mit ihren alten Waffen ausfachten.

Während nämlich ein Ermittlungsverfahren wegen „landesverräterischer Beziehungen“ beim besten Willen nichts ergab und eingestellt werden mußte, versuchten sie dem Studenten Koppel auf andere Weise beizukommen, damit ihm ein für allemal die Lust vergehe, den Staat der Militaristen anzugreifen, und damit überhaupt die Bäume der Demokratie nicht in den Himmel wachsen. Und so zog man gegen ihn zu Felde mit einem Gesetz aus dem Jahre 1934, Hitlers Sammlungsgesetz.

Zunächst der Tatbestand: Zur Finanzierung der Ausstellung hatte Wolfgang Koppel Rechtsanwälte und persönliche Bekannte um Spenden gebeten, und insgesamt kamen dabei auch 2476,30 D-Mark zusammen. Die Antwort der durch die Ausstellung Bloßgestellten, das Gebell der getrof-

Es sei in dem Gesetz kein typisches nationalsozialistisches Gedankengut zu erkennen. Seine einstige Handhabung, nämlich der Hitlerregierung eine alleinige Sammeltätigkeit einzuräumen, gelte in der heutigen freiheitlich-demokratischen Ordnung der Bundesrepublik nicht mehr. Das Gesetz habe nur noch den einzigen Zweck, die Bevölkerung vor unkontrollierten Geldsammlungen und Betrügereien zu schützen.

mal lesen (wir zitieren wieder den Pressebericht):

„Es sei in dem Gesetz kein typisches nationalsozialistisches Gedankengut zu erkennen.“ Die Wiederholung dieser Behauptung siehe im unmittelbar darauffolgenden Satz: „Seine einstige Handhabung, nämlich der Hitlerregierung eine alleinige Sammeltätigkeit einzuräumen (1), gelte in der heutigen freiheitlich-demokratischen Ordnung der Bundesrepublik nicht mehr.“ Das ist wahrlich ein Salto mortale der Logik: Da die Hitlerregierung nicht mehr existiert, kann es der Hitlerregierung nicht mehr dienen. Womit man in der Tat nicht mehr bewiesen hat, als daß das Gesetz seinen obersten Herrn gewechselt hat. Da aber die Ausstellung, an deren dokumentarischen Charakter auch ein Gericht in der Bundesrepublik nicht zweifeln kann, hinlänglich bewies, daß nicht nur der Gesetzestext der gleiche geblieben ist, sondern daß es auch die gleichen Richter handhaben, kann man daraus nur wieder einmal die Schlussfolgerung ziehen, daß in der Bonner „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ eben „typisch nationalsozialistisches Gedankengut“ nicht fehlen kann. Die gegebene Begründung aber versucht wahrhaftig, den Wald hinter den Bäumen zu verstecken.

So ist der westdeutschen Gerichtsbarkeit wieder einmal in überzeugender Manier der Beweis gelungen, daß der Militarismus im westdeutschen Staate mehr ist als „unbewältigte Vergangenheit“; er ist gefährliche Gegenwart, ist im Begriff, die Reste der bürgerlichen Demokratie zu zertreten und unumschränkt zu herrschen. Justitia hat nicht nur ein Loch in der Binde, sie nimmt immer öfter die Binde ganz von den Augen.

Aber die Zeit ist vorbei, wo sie die Demokratien nach Belieben über die Klänge springen lassen kann, und diese werden auch stark genug sein, um letztlich dem ungebeugten Recht Geltung zu verschaffen und die Nazi-Richter auf die Anklagebank zu befördern. Günter Lippold